



# WALDSTRATEGIE 2020

9. Februar 2011

Überlegungen des Bund Deutscher Forstleute (BDF) zum Konzept einer Waldstrategie 2020 in der Version vom 24. Januar 2011 nach Überarbeitung eines ersten BMELV Entwurfes vom 25.10.2010

## Inhalt

1. Allgemeine Bemerkungen .....	2
2. Handlungsfelder und Ziele .....	2
a. Eigentum, Arbeit und Einkommen .....	2
b. Rohstoffe, Verwendung und Effizienz .....	3
c. Waldbau und Jagd.....	3
d. Klimaschutz .....	4
e. Biodiversität.....	4
3. Zusammenfassung.....	5

## 1. Allgemeine Bemerkungen

Der Entwurf der Waldstrategie 2020 ist erstmalig in der Fassung vom 19.10.2010 den betroffenen Verbänden und Institutionen zur Kenntnis gegeben worden. Der BDF hat hierzu im November 2010 umfangreich Stellung genommen.

Der nun vorliegende Entwurf ist in vielen Aspekten hinsichtlich der geäußerten Kritikpunkte nachgebessert worden und kommt daher einer umfassenden, weil alle gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald gleichermaßen berücksichtigenden Waldstrategie schon sehr nahe. Wichtig in Bezug auf die weitere Feinabstimmung muss das unbedingte Ziel sein, ein vom gesamten Kabinett verabschiedetes Strategiepapier der Bundesregierung zu erlangen. Dabei sollten alle in diesem Kapitel aufgeführten Strategien und Aktionspläne der letzten Jahre qualitativ auf ihre Anforderungen an den Wald betrachtet werden, die sich allein daraus ergebenden Konflikte benannt, Entscheidungen getroffen und Lösungen aufgezeigt werden.

Um diesen Prozess inhaltlich zu begleiten, wendet sich der BDF nunmehr zum zweiten Mal mit einer Stellungnahme an die Vertreter der Ministerien, die betroffenen Verbände und die Politik. In Ergänzung unserer grundsätzlichen Anmerkungen der ersten Stellungnahme werden nunmehr nur noch die einzelnen Handlungsfelder behandelt.

## 2. Handlungsfelder und Ziele

### a. Eigentum, Arbeit und Einkommen

Im Absatz „künftige Herausforderungen“ wird die Problematik des Kleinprivatwaldes erörtert. In vielen Bundesländern ist heute noch eine sehr ineffektive Struktur der forstlichen Zusammenschlüsse festzustellen, die auf Grund der mangelnden Größe nicht in der Lage sind, eine tatsächliche Betreuungsorganisation mit „Rundumsorglopaket“ für die kleinen WaldbesitzerInnen darzustellen. Eine zusätzliche Problematik liegt in den „neuen“ Organisationsformen der Betreuungsorganisationen vieler Bundesländer (ehemalige Einheitsverwaltungen) begründet. Die mit erheblichem Personalabbau einher gegangene Aufgabentrennung hat zu einer deutlichen Ausdünnung der Betreuungskapazitäten geführt. Die Folge ist eine steigende Anzahl nicht mehr forstlich betreuter Waldbesitzer.

Wir halten diese beiden Punkte für forstpolitisch hoch brisant, mit entsprechenden Maßnahmen aber für lösbar. Eine tolle Chance für eine Regierung, die in der Waldstrategie deutlich hervorgehoben werden muss.

Die Lösungsansätze in diesem Kapitel zeigen vielfältige Möglichkeiten auf. Gerade in Bezug auf den Wald als Arbeitsplatzspender sollte eine zusätzliche Forderung aufgenommen werden: Die Erhöhung der Attraktivität des gesamten Clusters für Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Des Weiteren fordern wir eine *ausreichende* Anzahl an forstlich ausgebildeten Fachkräften. Ein Mindestmaß, wie in der Strategie dargestellt, reicht bei weitem nicht aus, denn diese Formulierung suggeriert, dass die KollegInnen, die die Bewirtschaftung noch gerade eben sicherstellen können, auch die übrigen Funktionen in der Betreuung mit übernehmen können. Was wir brauchen, ist ein den Anforderungen (u. a. Kleinprivatwaldbetreuung, andere Funktionen siehe folgende Kapitel) gerecht werdender, hinreichender und nachhaltig vorhandener Stamm an Forstleuten. Der öffentliche Wald hat eine Vorbildfunktion, wir sehen hier aber nicht den „*öffentlichen Waldbesitz*“ in der Verantwortung, denn in Zeiten privatisierter Rechtsformen wird der Personalstand an der Summe der Aufgaben in einem Betrieb ausgerichtet. Letztendlich entscheiden die *Parlamente in Bund, Ländern und Kommunen* über das Maß an Gemeinwohlleistungen, das in öffentlichen Wäldern erbracht und damit auch mit Personalkosten hinterlegt werden muss.

## b. Rohstoffe, Verwendung und Effizienz

Die Waldstrategie muss sich in erster Linie zu einer im umfassenden Sinne nachhaltigen Forstwirtschaft bekennen.

Zur Ergänzung der forstlichen Holzproduktion wird die Ausweitung von Kurzumtriebsplantagen (KUP) angestrebt. Anbaupotenziale sind, wie in der Strategie richtig dargestellt, in Form von Flächen vorhanden. Es sollte aber deutlicher herausgestellt werden, dass sich die Bundesregierung zum Ziel setzt, dass EEG deutlich differenzierter zu gestalten, um die betriebswirtschaftliche Benachteiligung gegenüber dem Anbau von Biogaspflanzen zu verringern. Außerdem sollte deutlich gemacht werden, dass die Bundesregierung die Notwendigkeit der finanziellen Förderung der Anlage solcher KUP sieht.

Der in der Öffentlichkeit in den vergangenen Monaten in diesem Zusammenhang häufig diskutierte Begriff der „Kaskadennutzung“ findet sich in den forstpolitischen Forderungen der Strategie bislang überhaupt nicht wieder. Wir halten es jedoch im Rahmen der angesprochenen Effizienzanstrengungen für wichtig, dieses Prinzip in den Vordergrund zu stellen.

Ein wichtiges Ziel betrifft die Mobilisierung noch nicht genutzter Vorratsreserven. Es werden Instrumente genannt, aber keine Ansätze präsentiert, wie diese effektiver eingesetzt werden können. Hier fehlen der Hinweis beispielsweise auf eine zielorientierte Ausgestaltung der forstlichen Förderung in Hinsicht auf die Kleinprivatwaldbetreuung, sowie ein deutlicher Hinweis auf die bereits heute fehlenden forstlichen Personalressourcen.

## c. Waldbau und Jagd

Grundsätzlich fällt auf, dass zwar in den einleitenden Kapiteln der Bezug zu den bereits bestehenden Strategien, insbesondere zur „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ (NBS), hergestellt wird, dass aber wichtige Inhalte dieser NBS keine Erwähnung finden. So fehlt der Begriff der „standortheimischen Baumarten“, dessen Anteil sich dem Willen der NBS nach bis 2020 kontinuierlich erhöhen soll, bislang völlig. Dieses erstaunt vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass mittlerweile viele Wald- und Naturschutzgesetze einen „hinreichenden Anteil“ dieser Baumarten fordern. Uns allen ist bewusst, dass in der Definition nicht unerheblicher Sprengstoff liegt, aber diesen zu entschärfen, sollte auch ein Ziel einer umfassenden Waldstrategie sein, zumal in Zeiten eines erheblichen Klimawandels die Zuordnung von Baumarten in standortheimische bzw. invasive Arten ganz neue Herausforderungen schafft.

Die in diesem Kapitel formulierten Lösungsansätze machen einige Ergänzungen erforderlich. Die nachfolgende Nummerierung der Absätze erfolgt anhand der Abfolge der Unterteilungszeichen in der Strategie.

### Absatz 1:

Die Nutzung der Holzvorräte im Kleinprivatwald wurde bereits unter Kapitel 3.1 und 3.2 ausführlich dargestellt und ist daher hier entbehrlich, zumal sie nicht mit waldbaulichen Mitteln zu erreichen ist. Der „*Aufbau zusätzlicher Produktionskapazitäten*“ kann unserer Ansicht nach nur durch die Schaffung neuer Waldflächen geschehen. Dieses Ziel steht jedoch derzeit ähnlich wie die KUP auf Grund unzureichender Fördersätze unter dem Vorbehalt der betrieblichen Unwirtschaftlichkeit gegenüber der Fortführung der landwirtschaftlichen Produktion. Diese Problematik sollte daher auch Erwähnung finden. Schließlich bleibt die Frage, wie die „*Produktivität der Wälder*“ gesteigert werden soll? Mögliche Maßnahmen wie Baumartenwahl, Durchforstungsstrategien und Saatgutauswahl werden weiter unten genannt. Der globale Hinweis ist im Sinne einer möglichst konkreten Zielformulierung entbehrlich.

### Absatz 3:

Die sehr umfangreiche Aufzählung lässt sich straffen und von Doppelungen befreien.

Der Anbau standortgerechter Baumarten auch unter Verwendung der genannten Arten ist bereits bundesweit geübte Praxis und damit hier als „Lösungsansatz“ obsolet. Stattdessen ließe sich ein Lösungsweg zum Definitionsstreit „*standortheimische Baumarten*“ aufzeigen.

*Mischwälder* und *Mischbestände* lassen sich gemeinsam mit dem Aspekt der Baumartenwahl (Punkt 1) abhandeln, ebenso lassen sich *waldbauliche Maßnahmen zur Stabilisierung (...)* mit der „*Vermeidung instabiler Dichtstände*“ unter dem Begriff der „waldbaulichen Behandlungsstrategien“ subsumieren.

Der Hinweis auf die Reduktion der Produktionszeiten ist zwar in Bezug auf die Möglichkeit, die Holzproduktion zu optimieren, richtig, jedoch sehen wir diesbezüglich keine Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung. Die Frage der Zielstärke wird markt- und verwendungsorientiert gesteuert und zudem von jedem Waldbesitzer individuell festgelegt. Daher plädieren wir für die Streichung dieses Absatzes, da für Nichtforstleute der Eindruck einer auf die Maximierung der Produktivität hin ausgerichteten Strategie für „Holzäcker“ entstehen könnte.

Die Verbesserung des „genetischen Potentials der Baumarten“ erscheint uns in Anbetracht der umfangreichen Änderungen im Klimarahmen und der hohen Qualität des bereits jetzt zur Verfügung gestellten Pflanzenmaterials nur in geringem Maße für möglich. Das Ausmaß dieser Verbesserungen wird nicht so groß sein, dass eine ausdrückliche Erwähnung als Zielstellung der Bundesregierung zur Vermeidung von Versorgungsengpässen herangezogen werden kann.

Ein wichtiger Aspekt sollte unserer Meinung nach unbedingt ergänzt werden: Die Forschungsergebnisse vieler Bundesländer zum Klimawandel müssen dringend auf nationaler Ebene zusammen geführt werden, um Eingang in die Förderprogramme zu finden. Die Überlegungen der Bundesländer basieren auf unterschiedlichen IPCC-Szenarien und sind in ihren Auswirkungen nicht mehr vergleichbar. Ein nationales Förderprogramm sollte aber nur auf Grundlage gleicher Rahmenparameter konzipiert werden.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere erste Stellungnahme und bleiben bei unserer Auffassung als einer fundamentalen Forderung im Spannungsfeld Wald/Wild: dass nämlich Wildbestände so an die lokal herrschenden Biotopkapazitäten angepasst werden müssen, dass Forstwirtschaft ohne Zaun und Einzelschutz grundsätzlich möglich ist.

#### **d. Klimaschutz**

In der Darstellung der Lösungsansätze wird darauf hingewiesen, dass die CO<sub>2</sub>-Speicherung des Waldes durch produktive Forstwirtschaft zu steigern wäre. Diese These kann, da es um Steigerung geht, nur in dem Maße Geltung haben, wie die Vorräte und/oder die langfristig verbauten Holzprodukte aus der Nutzung deutlich zunehmen. Dem Grundtenor der Strategie, nach dem die forstliche Nutzung deutlich zu intensivieren ist, sollte ein Hinweis auf den Kyoto-Folgeprozess und die mögliche Rolle des deutschen Waldes als Kohlenstoffsenke folgen. Eine Vorratsakkumulation bei gesteigerter Nutzung ist nur langfristig durch den Wechsel von Baumarten möglich.

Zur Finanzierung von Maßnahmen, die dazu dienen, den Folgen des Klimawandels zu begegnen, sollte sich die Bundesregierung in der Waldstrategie dazu bekennen, einen erheblichen Anteil der in dem Waldklimafonds zusammen zu fassenden Finanzmittel auch wieder dem Wald zukommen zu lassen.

#### **e. Biodiversität**

In der Darstellung des Ist-Zustandes wird auf die bereits bestehenden Nullnutzungsflächen hingewiesen. Es werden „*dauerhaft nicht genutzte Flächen für Waldschutz oder die Verkehrssicherheit*“ genannt. Während Waldschutz (z. B. Bergschutzwald) noch verständlich erscheint, bleibt sicher vielen Menschen unergründlich, warum Flächen aus Gründen der Verkehrssicherheit dauerhaft aus der Nutzung genommen werden.

In der Darstellung der Lösungsansätze wird dazu aufgefordert, bestehende Spannungsverhältnisse zu entschärfen. Leider fehlt eine Darstellung der Mittel und Wege. Diese wären aber eminent wichtig, um dieser Forderung ausreichend Nachdruck zu verleihen.

In der Darstellung eines eventuell noch bestehenden Umsetzungsdefizites bei der Nullnutzungsflächenauswahl werden zwei Anforderungen gestellt: Sie müssen möglichst geringe Einbußen bei der Holzproduktion nach sich ziehen und in gleichem Maße sollen Flächen für Nutzungsschwerpunkte ausgewiesen werden.

Die Notwendigkeit der Intensivierung der Rundholzbereitstellung wird bereits in den ersten Kapiteln ausführlich dargestellt. Richtigerweise wird in diesem Kapitel die „Hot-Spot-Theorie“ für eine möglichst effiziente Auswahl noch zu benennender Nullnutzungsflächen herangezogen. Es sollte deutlich herausgestellt werden, dass die Ausweisung solcher Flächen vornehmlich nach ökologischen Parametern erfolgt, um das Ausmaß der Flächen auf das notwendige Maß reduzieren zu können. Die forstliche Entwicklung der „normalen“ Waldflächen erfolgt nach den Grundsätzen der Kapitel 3.1 bis 3.3. Dem gegenüber halten wir es für nicht zielführend, sozusagen als „Gegengewicht“ zu den 5 % Nullnutzung noch besondere Nutzungsschwerpunkte herauszustellen. Vielmehr sollte die Forderung gestellt werden, ökologische Rahmenparameter und Zielmarken zu entwickeln, anhand derer die Flächenstilllegung in Ausmaß und Verteilung auszurichten ist. Daher bleiben wir bei unserer Auffassung, dass die Umsetzung des NBS-Zieles einer ausreichenden Schaffung von Wäldern mit einer natürlichen Entwicklung sich ausschließlich an ökologischen Notwendigkeiten und nicht an definierten Flächenanteilen (hier 5 %) orientieren darf. Die Vorgabe der NBS verstehen wir daher als groben Anhalt. In diesem Zusammenhang fordert die Waldstrategie, dass die weitere Flächenauswahl *„im Rahmen vertraglicher Regelungen mit den privaten und kommunalen Waldeigentümern erfolgen“* soll. Eine Ausweisung muss natürlich auch im Staatswald erfolgen, aber dort eben nicht über vertragliche Regelungen, hier wünschen wir uns eine präzisere Formulierung, die alle Waldbesitzarten einschließt.

In einem weiteren Tiré wird gefordert, *die Ökosystemleistungen der Forstwirtschaft in die zweite Säule der GAP aufzunehmen*. Wenn, wie bislang praktiziert, nur aktive Maßnahmen und Investitionen gefördert werden sollen (und keine pauschalen Flächenprämien), dann könnten hier nur *die Maßnahmen zur Verbesserung der Ökosystemleistungen* Anwendung finden.

Zudem ist es nach dem Urteil (Rechtssache C - 61 / 09) des Europäischen Gerichtshofs zulässig, Umweltmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen aus Mitteln der 1. Säule zu fördern. Dies sollte auch für forstwirtschaftliche Flächen möglich sein und forciert werden.

Die Quantifizierung zentraler Ökosystemleistungen wird nach den Bewertungsansätzen der TEEB-Studie angemahnt. Diese beinhalten neben den Bereichen Klimaschutz und Wasser insbesondere die Biodiversität, die es zu ergänzen gilt. Gerade die geforderten umfangreichen Stilllegungen beinhalten erhebliche volkswirtschaftliche Werte, die auf diese Weise mit den ökologischen Werten der Maßnahmen verglichen werden können. Grundsätzlich jedoch bleibt die Frage, wem diese Kalkulationen nützen, solange nicht feststeht, wer diese Werte monetarisiert.

Ein weiterer Punkt sollte in diesem Kapitel ebenfalls aufgegriffen werden: Der Waldbesitzer muss aus der Verkehrssicherungspflicht entlassen werden, die sich durch das freie Betretungsrecht des Waldes ergibt, da steigende Naturschutzforderungen zu einem deutlich höheren Gefahrenpotential führen.

### 3. Zusammenfassung

Allgemein bleibt auch in dieser zweiten Fassung ein wichtiger Aspekt gänzlich unbearbeitet, obwohl er für die Umsetzung der Ziele von grundlegender Bedeutung ist. Wie bereits in der NBS praktiziert, wird auch die Waldstrategie ohne grundlegende Darstellung der Verantwortlichkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten erstellt. Mit Ausnahme der Verwendung bundeseigener Flächen werden Ziele und Ansprüche formuliert, deren Umsetzung

---

Verantwortung der Länder, Kommunen oder der Vielzahl privater Waldeigentümer liegt. Diese inhaltliche Lücke muss unbedingt geschlossen werden, zumindest indem ein Lösungspfad aufgezeigt wird.

Der BDF hofft, auch mit dieser Stellungnahme seinen Beitrag zu der Gestaltung einer umfänglichen und für die Forstpolitik der Bundesregierung richtungsweisenden Waldstrategie 2020 geleistet zu haben.

Wir halten dieses Strategiepapier für ausgesprochen wichtig und freuen uns, dass die Bundesregierung sich zum Ziel gesetzt hat, Weichenstellungen für die Forstpolitik der nächsten Dekade zu stellen und werden uns auch weiterhin in den Diskussionsprozess einbringen.

Berlin, 9. Februar 2011

Hans Jacobs, Bundesvorsitzender